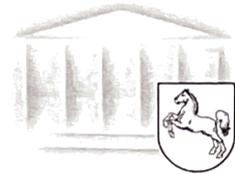


Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages



openPetition gGmbH  
z. H. Herrn Jörg Mitzlaff  
Am Friedrichshain 34  
10407 Berlin

Ansprechpartner/in: Herr Diedrich  
Durchwahl: 0511 3030-2181  
E-Mail: eingabenbuero@lt.niedersachsen.de  
Eingabenummer: 03225/11/18

04.05.2023

Ihre Eingabe betr.

*Schüler- und Azubiticket*

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

der Petitionsausschuss hat Ihre Eingabe und die dazu eingeholte Stellungnahme des zuständigen Ministeriums in seiner nicht öffentlichen Sitzung am 19.04.2023 beraten und dem Landtag dazu den nachfolgenden Beschluss empfohlen:

**Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.**

Der Landtag ist dieser Empfehlung, die aus der Landtagsdrucksache 19/1230 zu ersehen ist, in seiner Sitzung am 04.05.2023 gefolgt. Damit ist die parlamentarische Behandlung der Eingabe abgeschlossen.

- / Die Stellungnahme des Ministeriums ist zu Ihrer Unterrichtung über die Sach- und Rechtslage beigefügt.
- / Ebenso liegt ein Merkblatt, in dem die Beschlussmöglichkeiten des Landtages zu Eingaben nochmals kurz erläutert werden, bei.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Vizepräsidentin

**Stellungnahme des  
Niedersächsischen Kultusministeriums**

**zur Landtagseingabe 03225/11/18  
Jörg Mitzlaff, 10405 Berlin  
betr. Azubi-Ticket**

Zu den **Punkten eins und zwei** der Begründung der Petition wird wie folgt Stellung genommen:

Grundsätzliches Ziel der vergangenen als auch der aktuellen Landesregierung ist es, auch in der Fläche ein möglichst wohnort- bzw. betriebsnahes und qualitativ hochwertiges berufsschulisches Unterrichtsangebot vorzuhalten und damit mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen. Im August 2021 wurde mit der Änderung der Verordnung für die berufsbildenden Schulen (BbS-VO) auch das sogenannte Regionalmanagement eingerichtet. Damit wird den kommunalen Schulträgern die Möglichkeit eröffnet, Bildungsgänge für duale Ausbildungsberufe auch bei geringen Schülerzahlen wohnort- und betriebsnah einzurichten.

Die Landesregierung sieht Mobilität als eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe junger Menschen an gesellschaftlichen Prozessen und für Ihre Selbstbestimmung und Emanzipation. Im Koalitionsvertrag – Sicher in Zeiten des Wandels (2022 – 2027) vom 06.11.2022 wird daher betont, dass der Weg zur Schule nicht mit finanziellen Sorgen verbunden sein darf. Neben einer kostenlosen Schülerbeförderung für den Sekundarbereich II spricht sich die Landesregierung für die Beteiligung an einem bundesweiten 49 Euro-Ticket aus und möchte darüber hinaus ein vergünstigtes landesweites Angebot von 29 Euro für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende schaffen, um mit diesem Baustein zur Zukunftsfähigkeit der Ausbildung beizutragen. Als ersten Schritt haben sich Bund und Länder auf die Einführung des bundesweiten 49-Euro-Tickets im Nahverkehr geeinigt. Die Landesregierung rechnet mit einer Einführung zum 1. Mai des Jahres. Das landesweite 29 Euro Ticket soll im Laufe der Legislatur bis 2027 umgesetzt werden. Bis zur Umsetzung können Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Bundesfreiwilligendienstleistende das zum 1. Januar 2022 geschaffene regionale Schüler- und Azubiticket nutzen.

Das bundesweite 49 Euro-Ticket wird zudem die Mobilität und Teilhabe von Auszubildenden, die außerhalb eines Tarifverbundes weiter entfernte Schulen oder Fachklassen innerhalb von Niedersachsen oder in anderen Bundesländern besuchen müssen unterstützen.

Zu den **Punkten drei bis fünf** der Begründung der Petition wird wie folgt Stellung genommen:

Dem Ausbau und der Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) kommt in Niedersachsen bei der Mobilitätswende eine entscheidende Bedeutung zu. Die Landesregierung setzt sich im allgemeinen für einen attraktiven ÖPNV ein und im speziellen dafür, den ÖPNV für Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende entsprechend der Zielsetzung des Koalitionsvertrages von SPD und Grünen für die laufende Legislaturperiode attraktiver zu gestalten.

An dem Erfolg des 9 Euro-Tickets des Sommers 2022 soll mit der Kofinanzierung des bundesweiten 49 Euro-Tickets angeknüpft werden. Hiermit wird eine bundesweit gleichberechtigte Mobilitätsteilhabe gewährleistet, die unabhängig vom jeweiligen Bundesland ist. Mit dem 29 Euro-Ticket möchte die Landesregierung zusätzlich auf Landesebene für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ein attraktives Angebot schaffen. Bis zur Realisierung dieses politischen Vorhabens ist das im Januar 2022 geschaffene Angebot eines regionalen Schüler- und Azubi-Tickets weiterhin nutzbar. Seit dem 1. Januar 2022 können die ÖPNV-Aufgabenträger (Landkreise und kreisfreie Städte, die Region Hannover und der Regionalverband Großraum Braunschweig) mit finanzieller Unterstützung des Landes ein regionales Schüler- und Azubi-Ticket anbieten. Die ÖPNV-Aufgabenträger erhalten für die Einführung des Tickets eine zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro im Jahr 2022 und 30 Millionen Euro je Jahr ab 2023 nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz. Dieses und die aufgeführten Maßnahmen des aktuellen Koalitionsvertrages sind Maßnahmen mit denen die die Landesregierung entsprechend ihrer klimapolitischen Zielsetzungen Angebote geschaffen hat oder schaffen wird und viele Forderungen des Petenten bereits umgesetzt hat oder wird.

Die von der Landesregierung verfolgten Angebote bieten für den Großteil der Auszubildenden im Vergleich zu den heute für eine Monatskarte im ÖPNV zu zahlenden Kosten erhebliche finanzielle Vorteile bei der Fahrt zur Schule oder zur Ausbildungsstelle und bedeutet damit eine erhebliche Verbesserung.

Soweit der Petent ausführt, dass durch die vermehrte Nutzung Lücken im Netz aufgedeckt werden würden, teilt die Landesregierung diese Auffassung nicht. Im Koalitionsvertrag wird betont, dass mit weiteren Investitionen des Landes die Kapazitäten im ÖPNV ausgebaut werden und dieser im Sinne der Mobilitätswende insgesamt gestärkt wird

nom-

Die Landesregierung würde es sehr begrüßen, wenn die vom Petenten genannten 88 Prozent der Auszubildenden die ÖPNV-Angebote nutzen und ihre täglichen Wege zur Ausbildung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegten.